

Wolffsche



1784

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Tagesblätter: "Unterhaltungsblatt", "Finanz- und Handelsblatt". Sonntags die illustrierte Beilage "Zeitsbilder" und "Literarische Umschau" - Mittwoch "Für Reise und Wanderung" - Donnerstag "Recht und Leben".

Wöchentlich 1.- Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, am Zeilen- 90 Pfennig, Familien-Anzeigen am Zeile 18 Pfennig. Keine Verbrieflichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein Verlagsgesellschaft, Georg Bernhardt, Verantw. Redakteur: (im Amt) J. Handelexler, Carl Meißner, Berlin, Ullsteinstr. 11. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verantwortl. Redakteur: Ullsteinstr. 11, Amt Dönhofs 3600-3605, für den Verleger: Carl Meißner, Ullsteinstr. 11, Amt Dönhofs 3600-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 698.

Deutschland, Polen, Frankreich

Von der schlechenden Reaktion

Unfreundliche Pariser Kommentare

Nachrichtendienst der "Wolffschen Zeitung" 1st Paris, 14. Februar

Dass in dem Konflikt zwischen Deutschland und Polen die französische Presse, ohne sich auch nur die Mühe zu nehmen, seine Gründe einer objektiven Auswertung zu unterziehen, sich auf die Seite Polens schlagen würde, war vorzusehen.

Die polnische Propaganda, die seit Scho und Lang die französischen Blätter mit Lendungen über die deutsch-polnischen Beziehungen überflutet, hatte sehr gefähigt vorgebeut und das Terrain für gründlich vorbereitet, das es für die öffentliche Meinung in Frankreich auch nicht einen Augenblick lang zweifelhaft sein konnte, daß bei dem Ausbruch der Handelsvertragsverhandlungen alle Intrigen auf beiden, alle Neigt auf polnischer Seite liegen müßte.

Ueberraschend ist trotzdem nicht nur die Verbindlichkeitspflicht und Abgrenzungsmittel, mit der man sich hier alle politischen Befehlshabungen und Verordnungen unterwerfen zu lassen muß, sondern vor allem auch die wenig vornehme Art, mit der man hier aus dem Zwischenfall Kapital gegen Deutschland zu schlagen vermag.

Die gesamte französische Presse ist sich darüber einig, daß der Zwischenfall die logische Folge des Eintritts der Deutschfranzösischen in die Regierung sei, die lediglich nach einem Vorwand gesucht hätten, um die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau zu versämen. Gleichzeitig wird verurteilt, daß die deutsch-polnischen Zwischenfall mit den Schwierigkeiten der für die Verwirklichung des deutsch-französischen Wirtschaftsprojektivums ergeben haben, in Zusammenhang zu bringen. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Als im Sommer des vergangenen Jahres sich der Wunsch eines definitiven Handelsvertrages als unmöglich erwies, und zwar infolge von Hindernissen, die ausschließlich auf französischer Seite lagen, hat die deutsche Regierung sich zum Abschluß eines provisorischen Wirtschaftsabkommens bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß bis zu seinem Abschluß der endgültige Vertrag

unter Dach und Fach gebracht sein werde. Auch bei der Ratifizationsabgabe im Reichstage wurde dies ausdrücklich festgelegt. Mehrere Parteien haben ihre Zustimmung zu dem Abkommen erst auf Grund einer von der Regierung gemachten Forderung gegeben, daß eine Verlängerung des Provisoriums nicht gebahnt sei. Die Wiederaufnahme der für Anfang Januar in Aussicht genommenen Verhandlungen über einen definitiven Vertrag hat sich wiederum infolge französischer Schuld als unmöglich erwiesen, da Frankreich die bereits für den Herbst angesehene definitive Festsetzung seines Zolltarifs abernahm. Hinzu gekommen hatte in Anbetracht der technischen Schwierigkeiten, denen die französische Regierung auf diesem Gebiete begegnet war.

Trotz ihres offiziell ablehnenden Standpunktes hatte die deutsche Regierung sich zu einer Verlängerung des Provisoriums auf die Dauer von drei Monaten bereit erklärt.

Seit dessen verlangt nun die französische Regierung eine eingehende Revision des Provisoriums zugunsten Frankreichs, die Förderung der Reichsfinanzverwaltung für französische Weine und Spirituosen. Die Erfüllung dieser Forderung ist Frankreich bereits im Sommer von der deutschen Delegation für den definitiven Vertrag ausgedrückt worden.

Wäre Deutschland je jetzt schon gewöhnt, dann würde es ohne jede Gegenleistung den wertvollen Trumpf aus der Hand geben, über den es in den letzten Verhandlungen verfügt. Auf die Verlängerung des gegenwärtigen Abkommens aber hat Frankreich zum mindesten ein etwas rechtliches Interesse, zumal da dies noch nicht einmal 20 v. H. der Waren des deutschen Exportinteresses umfaßt.

Verhandlungskrise auch in Paris

Am zehnten März sind neue Berichte über die während der letzten Tage in Paris geführten Handelsvertragsverhandlungen eingegangen. Eine Unterbrechung in dem Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ereignet sich am 21. Februar. Selbst bei Antzweiflung auf dem Verhandlungswege wäre, nach dem Gesetz über die provisorische Intraffassung von Verträgen, immerhin erst noch der handelspolitische Ausbruch des Reichstages zu hören. Streikstoff sind nach wie vor die Weinzölle und die Verlängerungskrise für das Provisorium.

Baldwin spricht nicht über Moskau

Nachrichtendienst der "Wolffschen Zeitung" 1st London, 14. Februar

Die englische Regierung hat die ihrer unbekanntem Distanz ihres Verhältnisses zur Sowjetregierung im Parlament vorläufig überdacht abgemeldet, daß Baldwin auf Anfrage eines konservativen Mitglieds heute im Unterhaus erklärte, er sei bereit, im Unterhaus Erklärungen abzugeben, er könne aber ein bestimmtes Datum für solche Erklärungen zurzeit nicht angeben. Gleichzeitig wird festgestellt, daß die Ausrede über die Ertränkung der Ende findet und von der einigen Mitgliedern der konservativen Partei geplante Anhörung zur Ertränkung, der das Debattieren ausdrücken sollte über die Nichterwartung bolschewistischer Intrigen und so zu ersprechenden Gegenmaßnahmen vorzunehmen werden und von der englischen Regierung montiert wurden.

Im Unterhaus befragten sich verschiedene den Fragen, die wie immer der eigentliche Debatte vorzuziehen, mit England Verhältnisse zu Sowjetrußland. Ein konservativer Abgeordneter stellte die Frage, ob die Regierung sich Hormand, daß sich eine zunehmende Beforgnis in der öffentlichen Meinung zeige, worauf die Antwort erfolgte: "Ja, die Regierung behält die Angelegenheit im Auge." Der Unterhaussprecher gibt zu, daß von Seiten Moskaus Verhöfe gegen die Handelsabmachungen vorgenommen seien und von der englischen Regierung montiert wurden.

Die Regierung sei mit der Ansicht, die Macht der Gewerkschaften zu verringern. Das Parlament erhebt immer, daß diese Gewerkschaftsregierung nicht im Interesse der Nation liegt. Der Johnson wurde in einer Rede vom zweiten Vorsitzenden der Arbeiterpartei, C. G. S. S., einbezogen, der erklärte, die Ansicht der Regierung sei, eine ungeheure Parlamentarismacht zur Durchföhrung einer gewerkschaftlichen Organisation zu benutzen. Das sei eine Herausforderung gegen den Arbeiterstand und ließe im Gegensatz zu der in der Thronrede ausgesprochenen Forderung auf sozialen Frieden.

Da die Einzelheiten des neuen Regierungsentwurfs noch gar nicht bekannt sind, war auch der weitere Inhalt der Rede prinzipielle Opposition.

Dies war ein Anlaß für den liberalen Redner, Sir John Simon, der Labour Party vorzuziehen, daß sie den prinzipiellen Kampf gegen das Gesetz ungenügend habe, obwohl die Notwendigkeit einer Regelung aus der Generalstreik-Situation unbedingt vorhanden sei. Er erklärte, vom liberalen Standpunkt den Generalstreik als politisches Kampfmittel abzulehnen zu müssen. Der Liberalismus könne außerparlamentarische Regierungsfaktoren nicht dulden, ganz gleich, ob diese Gewerkschaften oder Grundbesitzereverbände oder Unternehmervereinigungen seien. Er schloß seine Rede mit der Feststellung, daß eine Reform des Gewerkschaftsrechtes notwendig sei, und daß der parlamentarische Kampf erst einsehen solle, wie die Gewerkschaften mit den Einzelbestimmungen verfahren.

Der nächste Redner der Arbeiterpartei, Sir George Gosnell, erklärte, daß das gegenwärtige Gewerkschaftsrecht völlig ausreißend sei für die Ausnutzung von Einzelinteressen zwischen Unternehmern und Arbeitern, und daß es auch genügend Schutz gegen Unterdrückung von Streikposten biete. Die Industrieverbände hätten eine mächtigere ökonomische Kampfmittel gegen die Arbeiter als die Gewerkschaften.

Die Bildung des Reichslokals im Reichstage nur ein Schritt von tatsächlicher, vom vorübergehender Bedeutung? Will das Zentrum damit nur die Sozialdemokratie bestärken, weil sie die Liebesfeier des Mittelalters unter dem Namen geben? Will Stresemann nur die Deutschfranzösischen auf den Boden der Verfallungsangewohnheit, damit er dem Auslande eine deutsche Einzelheit zeigen kann? Will das Zentrum dem "Schweiglichen" unter Dach bringen, um dann wieder "links" zu reuert? Soll der Zolltarif irgend gemacht werden, damit die agrarischen "Belange" von der Rechtsopposition dauern gesichert werden? Serr von Gutwacht hat im Reichstage die jegliche Schwermut des Zentrums als eine rein tatsächliche bezeichnet und hat durch eine Kompromißlösung von Schmelzstein an die Sozialdemokratie seine Bemerkung unterföhrt.

Politische Vorgänge haben ihr eigenes Schweregewicht. In ihren Auswirkungen richten sie sich keineswegs immer nach dem, was ihre Urheber oder Mitwirkende wollen oder denken. Schritte, die als taktisch empfindbar erscheinen, können oft nach Jahren als Entschiedenheiten größt grundgebührender Art. Der Kampf um den Zweimärk-Grenzlokal im Jahre 1876 eröffnete die schlagwortreiche Meta in Deutschland, vielleicht fast in Europa, und wenn man will, kann man von dieser Zeit ab sogar den Beginn der deutschen Reaktion, der wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Reaktion datieren, die erst auf den Schicksalsfeldern des Weltkrieges ihre Höhe fand.

In ganz Europa dringt die Reaktion vor. Die Aufschwung der Welt, die der Weltkrieg mit seinem Meer von Blut gebracht hatte, hat lange begonnen abzugeben. Sie erstarkte am wenigsten in der Arbeiterpartei, am meisten die Reaktionen des Weltkrieges. Das Land, das am meisten geliebt hat, die Vereinigten Staaten, wurde von der Aufschwung der Welt am wenigsten erfasst. Das Land, das am ausgeprägtesten den Krieg verloren hat, haben gesellschaftliches Gefühle am gründlichsten verkehrt wurde, Rußland, war unter dem aufnahmefähigsten für neue Gedanken. Zwischen diesen beiden äußersten Polen bewegt sich die Entwicklung des Weltkrieges auf die übrigen beteiligten oder in Mitleidenhaft gezogenen Länder. Aber überall bringen mit der Unterwerfung des politischen und gesellschaftlichen Lebens die "geheilten Interessen" wieder in den Vordergrund. Sie waren teilweise verkrüppelt, von hungarigen, reformfreundlichen Elementen an die Seite gedrückt. Der Druud der Massen hat härter auf, seine sich mehr durch. Sie gewinnen neue Rechte, neue Vorteile. Seit einigen Jahren schon hat der rückläufige Prozeß eingesetzt. Die Arbeiterpartei der Sozialdemokratie in England, der verlorene englische Bergarbeiterstreik, der Zerfall des Kartells in Frankreich, der Sozialismus und die Diktatur in manchen europäischen Ländern sind Anzeichen einer großen Bewegung der Reaktion, die durch Europa geht, die nach lange nicht beendet ist. Und die neue Weltregierung ist ein deutscher Ausbruch aus dieser europäischen Welle. Der Gesellschaftspolitiker wird um tausend Gründe für seine Rückfall nicht verlegen sein. Der Vorkämpfer, der demokratische Politiker wird sich mit George Franks: "Wer führt den Weltkrieg, was geschieht es und wie wird sie beendet? Die Weltwirtschaftsreaktion - niemand von uns vermag zuverlässig zu sagen, ob die heutige, mehr schlechende Reaktion nicht auch in eine offene und brutale nach Weltwirtschaftlichen Wustern übergeht - endet mit der Revolution von 1917. Die Weltwirtschaftsreaktion führt über die Vorgänge in verchiedenen Zeitaltern gleichen sich oft sehr.

Das formale Ergebnis der deutschen Revolution - die Weimarer Republik - ist geföhrt, und wahrscheinlich wird seine Reaktion an diesem Ergebnis über. Der Weg der Sicherung und Festigung der deutschen Republik führt über folgende Etappen: 1. Die Etappe der Angst, die sie werden des alten Systems im Scheitern sehen, die Weimarer Demokratie arbeiten lassen und dabei gelegentliche schmerzhaft-großene Rede bieten. 2. Die Etappe der äußeren (Kapp-Zug), als man glaubte, mit ein paar Verträgen in Deutschland die Macht erobern zu können. 3. Die Etappe der organisierten Gegenrevolution, die im Widerstand der Justiz und Publizistik die Machtverhältnisse wenden wollte. 4. Die Etappe der Gegenrevolution, die durch die Revolutionen der Arbeiterpartei und der Sozialdemokratie in der Zwischenzeit und der Stabilisierung vom November 1923. 4. Die Etappe der Revolution vom Ertränkerprozeß bis am Vorkamfball. 5. Das Ertränkerprozeß des Monarchismus im Streit um die Fünfjahresplanung. Aus jedem dieser Kämpfe ging die Re-